

Stellungnahme ps wedding zum drohenden Abriss des ehemaligen Diesterweg-Gymnasiums

09. Oktober 2018

Vergangene Woche wurde bekannt, dass das Bezirksamt Mitte plant, das ehemalige Diesterweg-Gymnasium im Weddinger Brunnenviertel abzureißen. Dies soll, vorbei an allen demokratischen Gremien, bereits in der nächsten Bezirksamtssitzung am 16. Oktober 2018 beschlossen werden. Wir halten das Vorgehen des Bezirksamts für einen politischen Totalschaden. Warum?

Die Entscheidung des Bezirksamts Mitte bricht mit allen Planungen der letzten Jahre zur Zukunft des Gebäudes und Geländes:

Seit mehr als 6 Jahren setzt sich die Initiative ps wedding dafür ein, das für Berlin einzigartige und seit 2011 leerstehende Schulgebäude zu sanieren, umzunutzen und baulich zu ergänzen. ps wedding ist eine gemeinwohlorientierte Initiative aus der Nachbarschaft für die Nachbarschaft. In enger Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren haben wir ein Konzept entwickelt, das dem lokalen Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum und Räumen für soziale und kulturelle Nutzungen im ansonsten monofunktionalen Wohngebiet entspricht. Zur Umsetzung unseres Vorhabens kooperieren wir seit 2015 mit der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft degewo und mehr als 30 weiteren Partnern.

Das Vorgehen des Bezirksamts Mitte ist undemokratisch und wirft alle Beschlüsse auf Bezirks- und Senatsebene zum Standort über den Haufen:

Unser Konzept wurde mit allen politischen Gremien auf Bezirks- und Senatsebene abgestimmt und ist von diesen mehrfach bestätigt worden. Es ist die planerische Grundlage des Aufstellungsbeschluss des Bezirksamts zum B-Plan Verfahren, dessen erklärtes Ziel darin besteht, *„ein gemeinnütziges und multifunktionales Nachbarschaftsprojekt im Brunnenviertel zu etablieren, das den baulichen Bestand des ehemaligen Diesterweg-Gymnasiums zur Grundlage nimmt, ihn modifiziert und weiter entwickelt.“*

BVV, Stadtentwicklungsausschuss und Bezirksamt sprechen sich mehrfach für die Umsetzung unseres Vorhabens als Pilot- und Modellprojekt aus. ps wedding wird von zahlreichen MdAs ebenso unterstützt wie von Frau Senatorin Lompscher. Im Juni 2018 bestätigt Herr Senator Kollatz schriftlich, dass das Grundstück mit vorgeschalteter Anhandgabe an ps wedding in Erbbaurecht vergeben werden soll.

Das Vorgehen des Bezirksamts Mitte beschädigt die Politik der Rot-Rot-Grünen Koalition fundamental:

Nun hat das Bezirksamt Mitte aus aktuellem Anlass (Wasserrohrbruch und folgende Überschwemmung der Kellerräume) den Standort und das Gebäude neu bewertet und im Alleingang beschlossen, sich desselben sowie der Planungen und Beschlüsse der letzten Jahre im Eilverfahren zu entledigen. Im Gespräch ist die erneute Nutzung als Schulstandort. Wir halten dieses intransparente auf Tabula rasa ausgelegte Verhalten des Bezirksamts für eine fatale Verletzung demokratischer Grundsätze. Angesichts der Bedarfslage im Quartier, der langwierigen Abstimmungen zwischen Bezirk und Senat, der lange propagierten Zielsetzung bezahlbaren Wohnungsbaus und der Errichtung eines Nachbarschaftszentrums, der Arbeit von ps wedding und der Erwartungen und Hoffnungen im Quartier ist dieses Vorgehen völlig inakzeptabel.

Ein solches Vorgehen widerspricht in jeder Beziehung dem von der Koalition formulierten Anspruch des guten Regierens. Wenn es der Politik nicht gelingt, ein verlässlicher Partner zu sein, und sich zivilgesellschaftliche, nachbarschaftliche Akteure und Initiativen nicht auf Absprachen mit der Politik verlassen können, ist das ein fatales Signal, das auch Auswirkungen auf vergleichbare Vorhaben in der Stadt hat und die Glaubwürdigkeit von R2G grundlegend beschädigt. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen von Politik und Verwaltung endlich als gleichberechtigte Partner und legitime Akteure anerkannt und auch so behandelt werden. **Die Stadt gehört nicht der Politik oder der Verwaltung, die Stadt gehört uns allen!**

mehr Infos zu unserem Vorhaben unter:
www.pswedding.de